

Standpunkt der ödp zum Interview „Wir sind keine Schmetterlingsfänger“ 23.11.04 an Kreiszeitung

Nicht Arbeitsplätze oder Lärmsschutz, sondern Arbeitsplätze und Lärmschutz

Im Namen der Ökologisch Demokratischen Partei (ödp) fordere ich Herrn Voll und Herrn Schurig auf, sich bei den Nachtfluggegnern öffentlich zu entschuldigen. Herr Voll bezweifelt, daß alle Entscheidungen des Volkes weise sind. Steht ihm eine solch Äußerung zu ? Die Mehrheit der Bürger im Einflugsgebiet ist für ein Nachtflugverbot. Der Lärm betrifft nicht Einzelne, wie Herr Voll behauptet, sondern Zehntausende. Ich schlage Herrn Voll vor, in das betroffene Gebiet um zu ziehen. Es ist sehr wohl möglich, die Aufgaben eines großen Fracht-Drehkreuzes trotz Nachtflugverbot zu organisieren. Dieses muß Priorität haben. Es liegt absolut im übergeordneten öffentlichen Interesse, denn die Gesundheit ist das höchste Gut. Alles andere ist kurzfristig. Sollen alle, die laufen können, aus dem Einzugsgebiet des Flughafens Schkeuditz vergrault werden und wegziehen, soll der „Rest“ ertragen, was unerträglich ist ? Sind wir die Ausputzerregion für Arbeitsplätze, die woanders nicht gewollt werden ? Herr Voll sagt, das Volk müsse sich fügen, wenn im Interesse der Mehrheit etwas festgelegt wird. Die „Mehrheit“, von der Herr Voll spricht, die gibt es überhaupt nicht. Demokratie heißt nach dem Grundgesetz, daß ein Recht der Bürger auf Lebensqualität besteht. Also: Arbeitsplätze plus Gesundheitsschutz, nicht Arbeitsplätze oder Gesundheitsschutz. Investoren können nicht machen, was sie wollen, wir leben nicht im Frühkapitalismus. Ein Planfeststellungsverfahren als „höchste Form der Öffentlichkeitsbeteiligung“ zu bezeichnen, ist anmaßend und arrogant. Alle Gesetze und Verordnungen müssen im Geist des übergeordneten Grundgesetzes, d.h. so interpretiert werden, daß die Unversehrtheit der Gesundheit nach Artikel 2.2 und der Schutz der künftigen Generationen nach Artikel 20 a gewährleistet sind. Herr Voll und sein Kollege scheinen diesen Rechtsgrundsatz nicht zu kennen. Der Skandal um die Mobilfunkstation in Wölkau, wo man das Votum des gewählten Orts- und Gemeinderates einfach annullierte, und nun das Interview mit der Kreiszeitung in Sachen Nachtflugverbot, das enthüllt eine Grundeinstellung, die bei einer Behörde nicht akzeptierbar ist und die einen das Gruseln lehrt. Die Bemerkung von Herrn Schurig, fundamentale Naturschützer seien „eigentlich nur Rechthaber“, geht unter die Gürtellinie. Naturschützer als Schmetterlingsfänger und Käferzähler herabzuwürdigen, spricht für krasse Ahnungslosigkeit. Eins muß man beiden lassen, sie sagen unverblümt, was sie denken. Wie aber ist es möglich, daß so wichtige Ämter so besetzt sind ? Wir sind nicht Menschen zweiter Klasse, die sich alles gefallen lassen müssen. Ich bin gern bereit zu beweisen, daß es genügend Möglichkeiten gibt, sinnvolle, auskömmliche und umweltverträgliche Arbeitsplätze zu schaffen. Das muß die Politik leisten, sonst läuft etwas verkehrt. Wieso fördert man bedingungslos ohnehin kapitalkräftige Investoren, die kleinen Handwerker läßt man kaputt gehen läßt, die Kommunen werden in den Ruin, die Arbeitslosen in die Armut und zur Sklavenarbeit getrieben. Das ist schlechte Politik. Zum Glück gibt es Parteien und Politiker, die sich auf die Seite des Volkes stellen und für eine ökologische Wende und Arbeit für alle kämpfen. Die Wähler haben es in der Demokratie an der Wahlurne in der Hand zu bestimmen, ob Umweltpolitik so aussehen darf, wie sie von den Herren Voll und Schurig exerziert wird. Der Standpunkt der anderen Parteien würde die Leser sicher interessieren, es sei denn, es ist ihnen peinlich, Farbe zu bekennen.

Stefan Spaarmann, Taucha